

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten DDr. Königshofer, Gradauer, Weinzingler
und weiterer Abgeordneter

betreffend Schaffung einer „Österreich-Bank“

eingebraucht in der 51. Sitzung des Nationalrates, XXIV. GP, am 11. Dezember 2009 im Zuge der Behandlung des Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage (478 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Bankwesengesetz, das Sparkassengesetz, das Investmentfondsgesetz, das Immobilien-Investmentfondsgesetz, das Zahlungsdienstegesetz, das Wertpapieraufsichtsgesetz 2007, das Interbankmarktstärkungsgesetz, das Betriebliche Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz und das Versicherungsaufsichtsgesetz geändert werden (497 d.B.)

Im Herbst 2008 wurde das sogenannte „Bankenpaket“ beschlossen, wobei im ersten Schritt bedeutende Mittel in Milliarden-Euro-Höhe – Partizipationskapital und Haftungsübernahmen – für monetäre Notoperationen zur Rettung von Instituten verbraucht wurden. In einem zweiten Schritt sollten weitere Mittel aus dem sogenannten „Bankenpaket“ für eine Strukturverbesserung des österreichischen Bankensektors eingesetzt werden. Während die Schweiz ganze zwei systemrelevante Banken hat, gibt es in Österreich sechs (ohne Kommunalkredit Austria AG und Constantia Privatbank). Deshalb sollte die derzeitige Situation genutzt werden, um eine „Österreich-Bank“ zu bilden!

1)Die Kommunalkredit Austria AG wurde schon vor einem Jahr verstaatlicht und wird seither intern umstrukturiert. (Diese Bank erhielt staatliche Hilfestellung in Form von Anleihegarantien in Höhe von 1,5 Milliarden Euro.)

2)Die Hypo-Alpe-Adria steht nach riesigen Kreditausfällen in Südosteuropa vor der Insolvenz. Die Hauptaktionärin, die Bayern LB, ist laut Medienberichten bereit, ihre Anteile kostenfrei abzugeben. Diese Chance zur Mehrheitsübernahme sollte von der Republik Österreich genutzt werden, weil dies billiger und einfacher wäre, als nach einer Insolvenz einspringen zu müssen. Die übrigen Eigentümer, Grazer Wechselseitige Versicherung AG und das Land Kärnten, sollten an Bord bleiben und für die Sanierung einen adäquaten Beitrag leisten. (Diese Bank erhielt 900 Millionen Euro staatliches Partizipationskapital zu 8 Prozent p.a. und einer Rückzahlungsverpflichtung von 110 Prozent, was 990 Millionen Euro entspricht. Wegen der bekannten Verlustsituation zahlt diese Bank weder für das zweite Halbjahr 2008, noch für 2009 eine Dividende. Dadurch entgehen dem Budget insgesamt 108 Millionen Euro an Einnahmen.)

3) Die Österreichische Volksbanken AG steht nach der Amputation der Kommunalkredit Austria AG und nach Wertberichtigungen in Osteuropa vor einer existenzbedrohenden Verlustsituation und hat erheblichen Kapitalbedarf. (Diese Bank erhielt 1 Milliarde Euro Partizipationskapital von der Republik zu 9,3 Prozent p.a. und einer Rückzahlungsverpflichtung von 100 Prozent. Wegen der aktuellen Verlustsituation zahlt diese Bank für 2009 keine Dividende. Dadurch entgehen dem Budget 93 Millionen Euro an Einnahmen.)

4) Die BAWAG-PSK soll „Toxic Papers“ in großem Ausmaß halten, weshalb auch hier Neustrukturierungen erforderlich scheinen. Zudem hat der Haupteigentümer Cerberus nach einigen US-Flops (z.B. GMAC) laut Medienberichten größere Liquiditäts- und Existenzprobleme. Deshalb wäre der Fonds wahrscheinlich zum Verkauf seiner Anteile bereit. (Diese Bank erhielt 950 Millionen Euro Staatshilfe in Form von 550 Millionen Euro Partizipationskapital und 400 Millionen Euro in Form von Haftungen für „giftige Wertpapiere“. Die Ertragssituation 2009 ist noch nicht bekannt, weshalb auch noch keine Aussagen über Dividendenzahlungen getroffen werden können.)

Unter dem Dach einer „Österreich-Bank“, welche sich mehrheitlich im Eigentum der Republik Österreich befände, wäre

- die Neustrukturierung der heimischen Bankenlandschaft möglich,
- die Absicherung der hohen Partizipationskapitalien der Republik sichergestellt,
- des Weiteren würde eine Einflussnahme der Republik auf den inländischen Geld-, Kapital- und Kreditmarkt gegeben sein, wodurch die bestehende Kreditklemme zum Wohle der Realwirtschaft überwunden werden könnte,
- die Schaffung einer Zahlungsverkehrs-Clearing-Stelle für den gesamten österreichischen Bankensektor über die BAWAG-PSK möglich, wobei letztere als Hausbank der Republik (jährliches Zahlungsverkehrsvolumen rund acht Milliarden Euro) das größte Know-how auf diesem Gebiet besitzt.

Um damit die Risiken der gegenwärtigen Bankensituation in Chancen für die Republik Österreich umzuwandeln, stellen die unterfertigenden Abgeordneten folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Finanzen wird aufgefordert, dem Nationalrat ehestmöglich eine Regierungsvorlage zuzuleiten, die alle Voraussetzungen für die Schaffung einer oben dargestellten „Österreich-Bank“ enthält, insbesondere alle Ermächtigungen zur Verhandlungsführung für den zuständigen Bundesminister.“

Leo Jäger
A. Pöschl

Wolfgang Kerndl

Christoph Böhmer

11/11/09